In Brest-Litowsk ist eine ukrainische Abordnung eingetroffen, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

•

Die deutsch-russischen Verhandlungen in Petersburg.

Petersburg, 2. Januar. In der ersten Sitzung des deutsch-russischen Wirtschaftsausschusses ist bestimmt worden, fürs erste über die Einrichtung von Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr zu verhandeln. Für diese drei Gegenstände sind Unterausschüsse gebildet worden.

•

Barnes Kriegsziele.

Rotterdam, 2. Januar. In seiner Neujahrsbotschaft an die Arbeiter der Welt ermahnte das Arbeitermitglied des Kriegskabinetts Barnes die Arbeiter in allen Ländern, den „Krieg für die Demokratie" unentwegt zu unterstützen. „Wenn die Verbündeten diesen Krieg verlieren," sagt er, „so wird die Sache der Demokratie auf Generationen hinaus ins Dunkel gestellt." Des weiteren ermahnte er die Arbeiter, sich nicht durch lügnerische Berichte verwirren zu lassen. Er erwähnte sodann die Zusammenkunft von Finanzleuten in der Schweiz und bedauerte demgegenüber, wie die Regierung die Ausstellung von Pässen an Arbeiter zur Zusammenkunft mit feindlichen Arbeitern verweigert hat. Barnes fuhr fort: „Ein schwaches Glied in unserer Reihe ist augenblicklich Rußland, das seinen Feinden preisgegeben ist. (!) Es ist wahrscheinlich, daß Deutschland unter trügerischen Verwänden einen Teil russischen Gebiets dauernd besetzen wird, und darin liegt die Gefahr für den künftigen Weltfrieden. Wir würden in Zukunft Nizza und die Ostseeprovinzen anstatt Elsaß-Lothringen als störendes Element haben. Ich hoffe jedoch, daß Rußland noch imstande sein wird, sich gegen jenes skrupellose Volk aufzulehnen, in dessen Händen es augenblicklich ist wie Ton in der Hand des Töpfers. Unser Weg ist uns jedenfalls klar vorgeschrieben. Wir müssen auf die Wiederherstellung und Wiedergutmachung Belgiens und der kleinen Länder dringen. Wir müssen Sicherheit gegen künftige Kriege durch einen Bund der Nationen haben, der wirtschaftliche und materielle Kräfte gegen jeden künftigen Angreifer zur Verfügung hat. Diese Aufgabe steht uns für 1918 bevor."

•

Orlando über die Friedensverhandlungen.

Rom, 1. Januar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Während der Debatte über die Regierungserklärungen im Senat sagte der Finanzminister Meda: „Die Regierung hat nach der Kriegserklärung die feierliche Verpflichtung übernommen, keine Anleihe aufzunehmen, ohne vorher die zu ihrer Deckung nötigen Mittel sichergestellt zu haben." Der Regierungsbeauftragte für Verpflegung, Crespi, erklärte: „Die Verpflegung des Landes ist durch das Verfahren der Vereinigten Staaten, einen Teil ihrer Ernte den Bundesgenossen zur Verfügung zu stellen, und durch die Abkommen zwischen den Alliierten und Argentinien gesichert. Die Lebensmittelversorgung des Landes ist im Begriff, sich zu verbessern."

Nach Beantwortung einiger Anfragen über die innere Politik sagte Ministerpräsident Orlando: „Das italienische Volk hat sich männlich, geduldig und heldenhaft gezeigt. (Beifall.) Die Frage der inneren Widerstandskraft ist unlöslich mit dem Leben des Landes verbunden. Jede auf ihre Schwächung hinzielende Handlung bedeutet Verrat. (Sehr lebhafter, anhaltender Beifall.) Jede Tätigkeit in dieser Richtung stellt eine feindselige Handlungsweise dar. Es geht um unser Dasein. Der Partikularismus oder vielmehr der Mangel an einem Mittelpunkt zur Sammlung der Mittel und Bemühungen der Alliierten, auf den Marconi hinwies, ist die Ursache der Verlängerung des Krieges. Man muß darin ein Freiheitsbedürfnis der Völker der Entente erblicken, die nicht, wie unsere Feinde, von einem einzigen Willen beherrscht werden. Die Pariser Konferenz bedeutet einen tatsächlichen Fortschritt in der Richtung einer Vergemeinsamung der Mittel und Anstrengungen und noch mehr die Zusammenkunft von Rapallo, nach der das italienische Heer den rechten Flügel eines einzigen Alliiertenheeres bildet."

Zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk sagte Orlando: „Ich glaube, daß der Augenblick gekommen ist, das Manöver unschädlich zu machen, durch das die Mittelmächte die geistige Kampfkraft ihrer Völker zu trügen und diejenige ihrer Gegner zu schwächen und zu verderben suchen, indem sie sich als Verteidiger des Friedens gebärden und glauben machen wollen, daß es die Haltung der Entente sei, die einen Friedensschluß verhindere. (Beifall.) — Die Entente will den Frieden. Nur die Entente wünscht ihn. Denn sie will ihn in der einzig möglichen Gestalt, nämlich als einen gerechten, ehrenvollen und dauerhaften Frieden auf Grund von klaren und aufrichtigen Abmachungen. Die Mittelmächte schlagen einen seltsamen Weg ein, um von der Entente ein Eingreifen in ihre Beziehungen zu einer Regierung zu fordern, die von der Entente nicht anerkannt ist: Denn einstweilen ist die tatsächliche Regierung Rußlands die verfassunggebende Versammlung. Im übrigen erkennen große Teile Rußlands die gegenwärtige Regierung nicht an. Was den Inhalt der Friedensvorschläge betrifft, so hat der Volksbeauftragte der Bolschewiki sagen zu können geglaubt, daß erstens die Wiederherstellung der Staaten, die im Kriege ihre Unabhängigkeit eingebüßt hatten, und zweitens die Aufgabe der besetzten Gebiete und der Verzicht auf Gebietsangeignungen anerkannt worden seien. Wir werden sehen, daß das ein Irrtum ist."

Finnisch-russische Verhandlungen.

In einer Antwort auf das Ersuchen der finnländischen Regierung bezüglich der Anerkennung der Unabhängigkeit der finnischen Republik, bringt der Rat der Volkskommissare in voller Uebereinstimmung mit seinem Grundsatze der freien Selbstbestimmung der Nationen im ausführenden Hauptausschuß folgendes in Vorschlag:

1. Anerkennung der politischen Unabhängigkeit der finnischen Republik. 2. In Uebereinstimmung mit der finnischen Regierung Einsetzung eines Sonderausschusses von Vertretern beider Parteien zur Ausarbeitung derjenigen Maßnahmen, die sich aus der Trennung Finnlands von Rußland ergeben.

In Finnland waren ursprünglich wie in der Ukraine, sozialistische und bürgerliche Parteien darin einig, daß die gegenwärtige Krise dazu ausgenutzt werden sollte, Finnland vollständig von Rußland zu trennen und als neuen unabhängigen Staat zu konstituieren. Zu diesem Zweck sollte u. a. die Entfernung der russischen Truppen aus Finnland durchgesetzt werden. Neuerdings scheint aber ein Teil der finnischen Sozialisten umgekehrt das Verbleiben der russischen Truppen im Lande dringend zu wünschen, um auch hier die Hilfe der russischen Soldaten und Matrosen im Kampfe gegen die finnische Bourgeoisie zu erhalten. Das Programm der Bolschewiki, die sozialen Gegensätze gegen die nationalen auszuspielen, scheint hier in einem gewissen Umfange erfolgreich gewesen zu sein. Abgeschlossen sind diese Bewegungen natürlich weder in der Ukraine, noch in Finnland, und die weitere Entwicklung der Ereignisse muß abgewartet werden.

Daily News melden aus Petersburg: Die Antwort der Mittelmächte auf die Friedensvorschläge der Maximalisten hat im ganzen einen günstigen Eindruck gemacht. Djen, das Organ der gemäßigten Elemente, schreibt: Es ist unmöglich, zu sagen, wie sehr die Bolschewiki durch die deutsche Erklärung gestärkt worden sind. Zweifellos ist aber ihre Stellung durch die Aufnahme von zehn Vertretern der sozialrevolutionären Partei in den Rat der Volkskommissare erheblich gefestigt. Man glaubt, daß die Bolschewiki, wenn sie jetzt die konstituierende Versammlung zusammentreten lassen, beinahe ganz Rußland hinter sich haben werden.

Das Berner Tagblatt meldet aus Tokio, die japanische Regierung beschloß, die diplomatischen Beziehungen zur neuen russischen Regierung in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Der japanische Botschafter wird in den nächsten Tagen in diesem Sinne Erklärungen in Petersburg abgeben. Diese Nachricht wurde bisher von der Entente nicht freigegeben.

Der U-Bootskrieg.

Berlin, 2. Januar. (Amtlich.) Durch unsere U-Boote wurden im Englischen Kanal und Atlantischen Ozean neuerdings 4 Dampfer, 3 Segler und 3 Fischereifahrzeuge versenkt, darunter ein bewaffneter tief beladener Dampfer, ferner der englische Schoner Freda mit Kohlen von Swansea nach Oberlourg, der portugiesische Schoner Apartugeza mit Salzladung nach Frankreich, sowie der portugiesische Fischdampfer Argos. Von den übrigen versenkten Dampfern hatte einer Stahlbarren von Swansea nach Luxemburg geladen, ein anderer Dampfer wurde aus einem gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Widerstandskraft und Widerstandsmöglichkeit.

Von Richard Grädke.

Die Frage nach den tiefsten Ursachen des russischen Friedensbedürfnisses ist nicht nur geschichtlich und politisch interessant, sondern auch militärisch. Denn sie berührt das Problem von Sieg und Niederlage überhaupt, nicht nur den Gewinn oder Verlust eines Feldzuges, sondern schon den taktischen Erfolg des Kampfes auf dem Schlachtfelde. Hierüber herrschen die unklarsten Vorstellungen, auch unter Schriftstellern, die sich für Fachleute halten. So kommt es, daß unzählige Male in den kritischen Jahren 1916 und in der ersten Hälfte des Jahres 1917 an mich die Frage gerichtet werden konnte: „Glauben Sie denn noch an die Möglichkeit eines Sieges der Mittelmächte?" Und ich darauf nur antworten konnte: „Das kommt ganz darauf an, was Sie unter Sieg verstehen." Denn der Sieg hat seine verschiedensten Abstufungen und darum auch seine verschiedensten Auswirkungen. Er kann sogar durch seine fehlerhafte Behandlung schließlich noch in eine Niederlage einmünden. Schon der Sieg auf dem Schlachtfelde, der unmittelbare Erfolg überlegener Waffenwirkung oder Waffen überlegener Führung oder von beiden, führt ja in den meisten Fällen keineswegs zur vollständigen Vernichtung des geschlagenen Heeres. In den allermeisten Fällen beruht der Sieg nur auf der Erkenntnis der feindlichen Heeresleitung, daß die Fortsetzung der Schlacht an der gegebenen Stelle ungünstig geworden sei, daß man darum die Wahlstatt verlassen müsse, um das Glück anderswo von neuem zu versuchen.

Wenn der Sieg schon auf dem Schlachtfelde in vielen Fällen nicht ausschließlich, manchmal sogar zum geringsten Teile in der greifbaren körperlichen Schädigung des feindlichen Heeres besteht, öfter aber in der seelischen Beeinflussung der Masse, in der Beugung des Willens und der Entschlossenheit der Führer, so gilt dies in erhöhtem Maße für den Verlauf eines ganzen Feldzuges oder gar eines Krieges. Ein Volk, das Widerstand leisten will, wird kaum jemals völlig niedergeworfen werden können, durch noch so viele Niederlagen auf dem Schlachtfelde nicht. Es ist die Einwirkung auf die Vorstellungskraft, auf die Seele der Masse, Not und Leiden, Aussichtslosigkeit, es ist gelegentlich nur ein Wandel in den Anschauungen über wünschenswerte oder erreichbare Kriegsziele, die über Gewinn oder Verlust eines Krieges entscheiden, ja es kann der größere Haß gegen die eigene Regierung als gegen den äußeren Feind ein Volk zum Senken der Waffen veranlassen. Ebensogut aber kann der Haß gegen den Feind, der feste Wille, trotzalledem und alledem Sieger zu bleiben, der Schutz der eigenen Freiheit und Unabhängigkeit, die Verteidigung von Lebensbedürfnissen der Heimat, der Kampf um die nationale Ehre selbst ein vielmals geschlagenes Volk zum äußersten Widerstande entflammen. An dem stählernen Panzer zerbricht das scharfe Schwert, an dem trotzigen Herzen der Niederwerfungswille des Feindes. Was anders hat uns Deutschen die Kraft verliehen, uns gegen eine Welt von Feinden siegreich zu behaupten.

Der Sieg in einem Kriege ist fast stets nur ein beschränkter und bleibt abhängig von den Bedingungen, die man dem Besiegten auferlegen will. Fast niemals hat man ohne folgenschweren Irrtum das Recht, zu sagen: „Ich bin der Sieger und der andere hat zu erfüllen, was ich ihm auferlege." Das hochmütige „vae victis" hat keine glückliche Rolle in der Weltgeschichte gespielt. Der Vorwärts hat in seiner Nummer vom 31. Dezember 1917 zutreffend gesagt: „Die Wirkung der Schläge hängt nicht allein von ihrer eigenen Wucht ab, sondern von der Beschaffenheit der Materie, die sie treffen."

Die russische Revolution ist nicht eine Wirkung des Mißerfolges der russischen Angriffe im Jahre 1916 gewesen und sie hat den Kriegswillen des damals führenden Bürgertums noch nicht gebrochen. Sondern der Friedenswille des schwachen Zaren war es, die zutage getretene Unfähigkeit, Bestechlichkeit, Diebeslust seines Beamtentums, das Versagen der Eisenbahnen, des gesamten Versorgungs- und Verpflegungsdienstes daheim wie im Felde, gaben der Duma den Entschluß und die Kraft, dem Despotismus im Innern den Krieg anzusagen. Aber in diesem Kampfe wurde der Sieg nicht errungen durch das Bürgertum, sondern durch die Massen, die auf die Straße stiegen, er war nur möglich durch den offenen Beistand des Heeres. Auf dessen Gesinnung haben die Niederlagen sicherlich nachhaltigen Einfluß ausgeübt. Aber nicht sie allein! Die rohen Mittel, die Kosaken und Gendarmen, die Knute und die Maschinengewehre, mit denen man sie in den Kampf trieb, die Abwesenheit aller idealen und sittlichen Mächte, die sie hätten zur Höhe der Opferwilligkeit ihrer Vaterlandsliebe emporheben können, waren die naheliegenden Ursachen. Die Intellektuellen, die Studenten, die Rechtsanwälte, Kaufleute, denen man die Unteroffizier- und Leutnantsstellen aufgezwungen hatte, weil das Berufsoffizierkorps auf den Schlachtfeldern lag, sie bildeten den Sauerteig der Revolution. Das zarische Regiment hatte sich selbst sein Grab gegraben. Der Fähnrich Kerenski ist jetzt der Oberbefehlshaber des russischen Heeres. Die Anarchie im Heere, die aus diesen Gegensätzen entstand, lähmte dann natürlich die Kraft des russischen Heeres.

Doch keineswegs unbedingt! Die Kadetten, die zunächst an die Spitze der Regierung traten, wollten den Krieg mit aller Kraft fortsetzen, und der Sozialrevolutionär Kerenski in der Weise der französischen Jakobiner gleichfalls. Erst der Sieg der Bolschewiki brachte in der Leitung Rußlands eine ganz andere Auffassung von Völkerglück, von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht zur Herrschaft, er wies jenen sofort gewaltige Aufgaben im Innern zu, bestärkte sie in der Ueberzeugung, daß die Neuordnung des Staates und seiner sozialen Struktur wesentlicher sei, als die Fortsetzung des Krieges. Er hat zweifellos auch den Widerwillen des Heeres gegen neue kriegerische Abenteuer derart gestärkt, daß jede kommende Regierung von dieser Friedenssehnsucht der bewaffneten Massen ausgehen und sie auf ihre Politik gründen muß. Und weil unsere großen militärischen Siege nun auf diese anders gerichtete Auffassung der herrschenden Mächte in Rußland stoßen, darum dürfen wir hoffen, daß die Friedensverhandlungen zu einem günstigen Ende führen werden. Unsere Waffenerfolge und die Erfolge der russischen Revolution haben den Friedensgedanken in gegenseitiger Durchdringung gefördert. Deutscher Sieg und russische Revolution stehen nebeneinander als Friedensbringer; die Materie, auf die unser Sieg Eindruck gemacht hat, ist gegenwärtig eine andere als zur Zeit der Miljukow, Kornilow, Kerenski. Daraus folgt dann freilich auch, daß unsere Friedensbedingungen mit den Auffassungen dieser Regierungen rechnen müssen.

Die Wahlrechte der deutschen Bundesstaaten.

Eine Zusammenstellung der Wahlrechte der deutschen Bundesstaaten, die dem preußischen Abgeordnetenhause auf Wunsch seiner Wahlrechtskommission zugegangen ist, bietet ein buntes Bild. Von den 26 in Betracht kommenden Bundesstaaten besteht — abgesehen von Preußen — noch in sechs das Zweikammersystem, und zwar in Baden, Bayern, Hessen, Sachsen, Württemberg und Elsaß-Lothringen. In einer größeren Zahl der übrigen Bundesstaaten ist die Volksvertretung derartig gebildet, daß sie sich neben gewählten auch aus ernannten Mitgliedern zusammensetzt. Das ist der Fall in Anhalt, wo von 40 Abgeordneten zwei vom Herzog ernannt sind; acht die meistbesteuerten Grundbesitzer, sind die meistbesteuerten Handel- und Gewerbetreibenden, je einen die Handelskammer, Landwirtschaftskammer, Handwerkerkammer und Arbeiterkammer entsendet, während 16 von den Städten und 11 vom platten Lande gewählt werden. In Braunschweig gehen von den 48 Abgeordneten 18 aus besonderen Berufsständen, 30 aus allgemeinen Wahlen hervor. In Reuß ä. L. werden von 15 Abgeordneten 8 vom Landesherrn ernannt, 2 werden von Rittergutsbesitzern, 1 von den ländlichen Gemeindevorstehern aus ihrer Mitte und 7 von den übrigen Standesangehörigen gewählt. Außerdem gehörten dem Landtage die beiden Bürgermeister von Greiz und Zeulenroda an. In Reuß j. L. zählt der Landtag 31 Mitglieder, und zwar dem fürstlichen Besitzer des Reuß-Ebersdorfer Paragiums, 3 Abgeordnete der Höchstbesteuerten mit über 7.000 M. Einkommen und 17 Abgeordnete der übrigen Wähler.

In Sachsen-Weimar gehen von den 38 Abgeordneten 28 aus allgemeinen Wahlen hervor, 5 werden gewählt von den größeren Grundbesitzern, 5 von den übrigen Höchstbesteuerten, je einer von der Universität Jena, der Handelskammer, der Landwirtschaftskammer, der Handwerkerkammer und der Arbeiterkammer. Schaumburg-Lippe zählt 15 Abgeordnete, und zwar 2 vom Landesherrn ernannte Vertreter, je einen Vertreter des ritterschaftlichen Grundbesitzes, der Geistlichkeit, der übrigen Akademiker, der Stadt Stadthagen, 2 Vertreter von Bückeburg und 7 ländliche Vertreter. In Schwarzburg-Sondershausen werden zwei Mitglieder des Landtages vom Fürsten ernannt, 2 vertreten die Höchstbesteuerten, 6 gehen aus allgemeinen Wahlen hervor.

In einer Reihe weiterer Landtage finden wir zwar keine ernannten Abgeordneten, wohl aber sind hier die Abgeordneten nach verschiedenen Gesichtspunkten getrennt. So werden in Hamburg von den 160 Mitgliedern 80 durch alle Bürger, 40 durch die Grundeigentümer der Stadt und 40 durch die Notabeln gewählt. In Hessen erfolgt die Wahl von 16 Abgeordneten von einzelnen Städten, während 48 Abgeordnete von den aus den übrigen Gemeinden gebildeten Wahlkreisen gewählt werden. In Lübeck setzt sich die Vertretung der Bürgerschaft zusammen aus 105 Vertretern der Höchstbesteuerten und 15 Vertretern der übrigen Wahlberechtigten. In Sachsen gehen 43 Abgeordnete der Zweiten Kammer aus städtischen, 48 aus ländlichen Wahlkreisen hervor. In Sachsen-Altenburg finden wir 11 Vertreter der Städte, 12 Vertreter des flachen Landes, 9 Vertreter der Höchstbesteuerten. In Sachsen-Meiningen 4 Vertreter der höchstbesteuerten Grundbesitzer, 4 Vertreter der die höchste Personalsteuer Zahlenden, 16 Vertreter der übrigen Wähler. In Schwarzburg-Rudolstadt haben die Höchstbesteuerten 4 Vertreter, die übrigen gehen aus allgemeinen Wahlen hervor. In Württemberg endlich werden 75 Abgeordnete von den größeren Städten und Oberamtsbezirken, 17 von 2 Landes-Wahlkreisen gewählt.

Einheitliche Volksvertretung, d. h. solche, wo die Abgeordneten auf Grund ein und desselben Wahlgesetzes und aus der gesamten Wählerschaft ohne Trennung in Berufsarten oder sonstige Merkmale gewählt sind, treffen wir nur in Preußen, Baden, Bayern, Bremen, Elsaß-Lothringen, Lippe-Detmold, Oldenburg, Sachsen, Coburg, Gotha, Waldeck und Pyrmont.

Die Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften.

Die ganze französische Presse beschäftigt sich mit den Verhandlungen in Clermont-Ferrand. Während die kapitalistischen Zeitungen den Sieg Jouhaux' und seiner Mehrheit feiern, behauptet Renaudel in der Humanité, daß die Entschließung der Konferenz über die „Internationale und den Frieden" beiden Richtungen gerecht werde und der Haltung der französischen Sozialistischen Partei entspreche.

Wortlaut der Entschließung.

„Angesichts der gegenwärtigen Kriegslage und der geistigen Unruhe, die durch eine gewissenlose und reaktionäre Presse veranlaßt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180103/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG